D|R|I

HUMAN AND GLOBAL
DEVELOPMENT RESEARCH INSTITUTE

Buchvorstellung: „Die Euro-Party ist vorbei – Wer bezahlt die Rechnung?“

Dr. Wolfgang Hetzer

1. Wiener Friedrich von Hayek–Seminar
Juni 2014

Einleitung

Das vorzustellende Buch („Euro-Party“, Westendverlag, Frankfurt am Main 2014) ist der letzte Teil einer Trilogie, die sich mit verschiedenen Aspekten einer Entwicklung beschäftigt, die sich im internationalen und europäischen Wirtschafts- und Finanzleben spätestens seit Mai 2010 in beunruhigender Weise zuspitzt und in eine andauernde Krise übergegangen ist:

Wolfgang Hetzer, Finanzmafia -Wieso Banker und Banditen ohne Strafe davonkommen-, Westendverlag; Frankfurt am Main 2011

Wolfgang Hetzer, Finanzkrieg -Angriff auf den sozialen Frieden in Europa-, Westendverlag, Frankfurt am Main 2013

Die Euro-Party konzentriert sich auf die Frage, ob Europa scheitern wird, wenn seine Völker zulassen, dass inkompetente Politiker, Teile von selbstsüchtigen Eliten, asoziale Wirtschaftsführer und unregulierte Finanzmärkte eine Allianz gegen die vitalen Interessen der Menschen eines ganzen Kontinents bilden. Das Werk verdeutlicht, dass es höchste Zeit ist, die Folgen von politischen Fehlentscheidungen zu korrigieren. Es identifiziert die Verantwortlichen und beschreibt die Ursachen, die spätestens seit dem genannten Zeitpunkt Europa teilweise an den Abgrund geführt haben. Die Euro-Party belegt, dass die Zukunft des Kontinents entscheidend davon abhängt, da sich hinreichend qualifizierte Persönlichkeiten für die Steigerung des europäischen Gemeinwohls einsetzen. Dabei wird deutlich, dass andernfalls der Vertrauensverlust in den Sachverstand der Wirtschaft und die Führungsfähigkeit der Politik nicht mehr auszugleichen ist. Das Werk belegt eine wachsende Gefahr, dass sich in Europa wieder einmal die Frage der Vorherrschaft nationaler Interessen stellen könnte und ein Spektakel der Unvernunft beginnt. Angesichts der jüngsten Ereignisse ist die Bedeutung und die Aktualität der angesprochenen Themenkomplexe kaum zu überbieten. Im Folgenden wird auf deren Darstellung dennoch zugunsten eines fragmentarischen Überblicks der durch die Europäischen Wahlen 2014 geschaffenen besonderen Verhältnisse verzichtet. Er stützt sich auf eine unsystematische Auswertung aktueller Berichterstattung ohne die einzelnen Quellen nachzuweisen. Es sollte aber deutlich werden, dass sich die in der Euro-Party geschilderten Probleme zukünftig sogar noch verschärfen könnten.

Vordenker Hayek

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 haben vor allem bei Europakritikern und Eurogegnern Jubel ausgelöst und zu einer Polarisierung geführt. Die Jubelnden wähnen sich anscheinend am Beginn eines „Marsches durch die Institutionen“.

Gleichwohl löste das nicht überall gleich Alarm aus. Die Finanzmärkte gaben sich zunächst keineswegs schockiert. Ihre Teilnehmer schienen jedenfalls noch unmittelbar nach den Wahlen ausweislich der Aktienkurse voller Zukunftsvertrauen gewesen zu sein. Das ist auch nicht allzu verwunderlich, hat sich doch eine klare Mehrheit zum europäischen Einigungswerk bekannt, wenn auch auf der Basis einer Wahlbeteiligung, die noch nie so gering war. Das ändert aber nichts daran, dass man sich unverzüglich einigen wichtigen Debatten in aller Öffentlichkeit stellen muss.

Das Wahlergebnis zeigt nämlich auch, dass man dies in der Vergangenheit sträflich versäumt hat. Die Einführung des Euro ist als „Eliten-Projekt" durchgepeitscht worden. Dabei konnte doch jeder wissen, um welch eine komplexe Materie es sich handelt, die in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs hätte behandelt werden müssen.

Immerhin begann schon nach dem Zusammenbruch des währungspolitischen Bretton-Woods-Systems Anfang der 1970er Jahre eine Diskussion über eine neue Weltwährungsordnung. Im Rahmen der damaligen Debatten in Europa über die Möglichkeiten einer Koordinierung bis hin zum Fernziel einer gemeinsamen europäischen Währung gab es schon zu Beginn den einen oder anderen originellen Vorschlag. So forderte etwa Friedrich August von Hayek den freien Wettbewerb der Währungen und plädierte dafür, dass private Angebote neben das staatliche Währungsmonopol treten dürften. Als Konzession an die praktische Politik sprach er sich dafür aus, dass die europäischen Staaten anstelle einer langfristig anzustrebenden Währungsunion wechselseitig ihre Währungen als Zahlungsmittel überall anerkennen.

Nach der Auffassung von Hayek können optimale Währungsräume nicht staatlich verordnet werden, sondern müssten sich aus einem Wettbewerb der Währungen herausbilden und zur Sicherung ihrer Anpassungsfähigkeit dauerhaft einem solchen Wettbewerb ausgesetzt werden. Er würde insbesondere den Regierungen die Möglichkeit rauben, zugunsten wirtschafts- und sozialpolitischer Interventionen eine stabilitätswidrige Währungspolitik zu betreiben.

Hier kann dahingestellt bleiben, ob diese Sichtweise auch aus der Einschätzung resultiert, dass die ganze sozialistische Idee eine zivilisatorische Sackgasse ist, ein Menschenexperiment, das die Grundlage der Zivilisation und von Millionen menschlichen Existenzen infrage stellte und eher früher als später zum Scheitern verurteilt ist.

Selbst Hayek würde aber vielleicht mittlerweile noch einmal über das angebliche Wesen des Sozialismus nachdenken wollen, wenn er sich damit beschäftigte, wer letztlich für die auf den deregulierten globalen Finanzmärkte verursachten Schäden herangezogen wird. Die Inanspruchnahme wehrloser Steuerzahler ist jedenfalls eine Art der Sozialisierung, die weder in den Voraussetzungen noch in den Folgen etwas mit „Sozialismus" zu tun hat!

Wie auch immer: Es rächt sich jetzt, dass man die Bürger der EU nicht mitgenommen hat, da die Geschichte nur so lange gut gehen konnte, wie die Zahlen gut waren. Dieses „Geschäftsmodell" konnte mit der Euro-Schuldenkrise nicht mehr funktionieren. Es waren die Ausgrenzungsversuche gegenüber den Kritikern, die genau deren Erfolg bewirkt haben. Umso hilfreicher wäre es, wenn man allmählich begreifen würde, dass die Staaten nicht von einer gestaltungswütigen Bürokratie mit Reglementierungen überzogen werden und eine angeblich „größenwahnsinnige" Kommission das Recht nicht um jeden Preis nationales Recht schleifen will. Es sind im Gegenteil häufig nationale Regierungen, die sich auf einen vermeintlichen Volkswillen beziehen und manche verhängnisvolle Entscheidung treffen und für vielerlei Unsinn verantwortlich sind. Sie sollten sehr bald begreifen, dass die offensichtlichen Probleme der Gemeinschaftswährung in einem disparaten Wirtschaftsraum nicht dadurch zu lösen sind, dass man mal eben den Klub verkleinert oder gar auflöst oder einen „Nord-Euro" und einen „Süd-Euro" bastelt. Das funktioniert wirtschaftlich nicht. Und schon gar nicht beantwortet es die überragend wichtige Frage nach „Krieg und Frieden".

Europa wird aber auch noch andere grundsätzlich wichtige Fragen zu beantworten haben, etwa zum Verhältnis zwischen gesteigerter Wettbewerbsfähigkeit und verbesserter sozialer Sicherung. Gleichzeitig stellt sich das Problem der Haushaltskonsolidierung, das angepackt werden muss, um Europa für Investivkapital attraktiver zu machen. Statt einer lockeren Haushaltspolitik und gemeinschaftsweiten Schuldenpapieren (Eurobonds) sollte man vielleicht eine Priorisierung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit ins Auge fassen und in Forschung und Innovation investieren.

Verfolgte man auf diese Weise eine „angebotsorientierte" Politik, könnte sich Europa am Ende in einen derart großen und starken Wirtschaftsraum verwandeln, wie es angemessen wäre. Dann würde auch jeder Radikalisierungsprozess früher oder später enden. Dies ist sogar ein immer dringlicheres Desiderat, nehmen doch die Warnungen vor einer Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie in Europa weiter zu.

Wie auch immer: Es rächt sich jetzt, dass man die Bürger der EU nicht mitgenommen hat, da die Geschichte nur so lange gut gehen konnte, wie die Zahlen gut waren. Dieses „Geschäftsmodell" konnte mit der Euro-Schuldenkrise nicht mehr funktionieren. Es waren die Ausgrenzungsversuche gegenüber den Kritikern, die genau deren Erfolg bewirkt haben. Umso hilfreicher wäre es, wenn man allmählich begreifen würde, dass die Staaten nicht von einer gestaltungswütigen Bürokratie mit Reglementierungen überzogen werden und eine angeblich „größenwahnsinnige" Kommission das Recht nicht um jeden Preis nationales Recht schleifen will. Es sind im Gegenteil häufig nationale Regierungen, die sich auf einen vermeintlichen Volkswillen beziehen und manche verhängnisvolle Entscheidung treffen und für vielerlei Unsinn verantwortlich sind. Sie sollten sehr bald begreifen, dass die offensichtlichen Probleme der Gemeinschaftswährung in einem disparaten Wirtschaftsraum nicht dadurch zu lösen sind, dass man mal eben den Klub verkleinert oder gar auflöst oder einen „Nord-Euro" und einen „Süd-Euro" bastelt. Das funktioniert wirtschaftlich nicht. Und schon gar nicht beantwortet es die überragend wichtige Frage nach „Krieg und Frieden".

Europa wird aber auch noch andere grundsätzlich wichtige Frage zu beantworten haben, etwa zum Verhältnis zwischen gesteigerter Wettbewerbsfähigkeit und verbesserter sozialer Sicherung. Gleichzeitig stellt sich das Problem der Haushaltskonsolidierung, das angepackt werden muss, um Europa für Investivkapital attraktiver zu machen. Statt einer lockeren Haushaltspolitik und gemeinschaftsweiten Schuldenpapieren (Eurobonds) sollte man vielleicht eine Priorisierung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit ins Auge fassen und in Forschung und Innovation investieren. Verfolgt man auf diese Weise eine „angebotsorientierte" Politik könnte sich Europa am Ende in einen derart großen und starken Wirtschaftsraum verwandeln, wie es angemessen wäre. Dann würde auch jeder Radikalisierungsprozess früher oder später enden. Dies ist sogar ein immer dringlicheres Desiderat, nehmen doch die Warnungen vor einer Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie in Europa weiter zu.

Zumutungen und Zutrauen

In den fünf Jahren vor den Wahlen zum Europäischen Parlament des Jahres 2014 hat sich der Eindruck verfestigt, dass sich die EU in der tiefsten Krise seit ihrer Gründung befindet. Die Befürchtungen, dass insbesondere die gemeinsame Währung scheitern könnte, stiegen ständig. Mit Hilfe brutaler Sparmaßnahmen bemühte man sich darum, den vermeintlich drohenden Kollaps in Italien abzuwenden und die Errichtung einer Militärdiktatur in Griechenland zu verhindern. Die Mitgliedsländer wurden in eine widerwillige Solidarität hineingezwungen. Deutschland rief als „neu/alter Hege-

mon“ Misstrauen hervor. Bei einer (nur leicht) gestiegenen Wahlbeteiligung haben ca. 75 Prozent der tatsächlichen Wähler im Mai 2014 dennoch für europafreundliche, zivile und demokratische Parteien gestimmt. In Italien wurde der reformerische Elan des jungen Ministerpräsidenten Matteo Renzi gar belohnt. In den Niederlanden erreichten die rechtsextremen Protagonisten doch nicht die befürchteten Quoten, Deutschland blieb „vernünftig“ und Spanien orientierte sich zur „Mitte“. Manch einer konnte es nicht fassen, dass die Mehrheit der (Wahl-) Europäer Zumutungen mit Zutrauen beantworteten, wurde die Debatte über Europa in den letzten Jahren doch fast nur von Kräften dominiert, die mit der EU extrem unzufrieden sind. Zudem hatten hochrangige Diplomaten aus den USA ihren Beitrag zur Diffamierung geleistet („Fuck the EU“). Aber auch Russland kommt mit der Pluralität und Liberalität der europäischen Lebensweise nicht gut zurecht. Sie wird dort als „Dekadenz“ verspottet. Dessen ungeachtet beobachtet manch einer das Auftreten eines Gespenstes in Europa. Es ist die Rede von einem „Systemkonflikt“ zwischen der liberalen Demokratie und dem „nationalen Autoritatismus“. Auch innerhalb der großen westlichen Demokratien werden (wieder einmal) „starke Männer“ gesichtet. Hält man die „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Deutschland noch für relativ harmlos, gilt die britische „Ukip“ als eine Partei, die nicht nur aus der EU austreten will, sondern auch die Zumutungen der multikulturellen, sexuell liberalen Gesellschaft loswerden möchte.

In Frankreich hat sich der „Front National (FN)“ in einer „riesigen Legitimationslücke“ eingenistet, die zwischen der politischen Elite und den „normalen Leuten“ klafft. Damit wird vielleicht insgesamt der Kern des Systemkonflikts deutlich: *„Ist das Autoritäre stärker und effektiver als das Liberale und Partizipatorische?“*

Ganze Länder haben sich für eine Art „Euro-Autoritatismus“ entschieden, wie etwa auch Ungarn mit einer „reaktionären Zweidrittelmehrheit“ und Bulgarien, wo die politische Einflussnahme Moskaus beständig wachse. Unterdessen scheint die EU allmählich aus der ökonomischen Krise zu kommen und die Wähler haben sich einigermaßen vernünftig und überraschend „EU-loyal“ verhalten. Die EU steht nach dem Empfinden eines Kommentators nach der Wahl „alles in allem also ganz ordentlich dar“. Aber auch schon vor den europäischen Wahlen im Mai 2014 war es Bundeskanzlerin Angela Merkel gelungen, im Laufe der Finanzkrise den Eindruck zu erwecken, dass sie in Brüssel deutsche Interessen erfolgreich vertreten hat. Ihre Reputation gründet sich auf die Annahme, dass sie Milliardenlasten von der Bundesrepublik Deutschland ferngehalten habe. Die Fortsetzung dieser „Erfolgsgeschichte“ erscheint nunmehr jedoch zweifelhaft. Die Wahlergebnisse der „Populisten“ in etlichen Mitgliedstaaten der EU dürften es schwer machen, in altbekannter Manier fortzufahren. Nicht nur die französische und die griechische Regierung werden zukünftig mit ganz anderer Härte als bisher für Kursänderungen in der europäischen Politik kämpfen, um von Wählern des rechten europakritischen Spektrums bei nationalen Wahlen nicht einfach hinweggefegt zu werden.

Erste Prognosen sagten seinerzeit voraus, dass auch der Druck auf den Präsidenten der EZB „gewaltig“ steigen würde, damit durch eine weitere Lockerung der Geldpolitik wirtschaftliches Wachstum ermöglicht wird. Von Anfang an war Skepsis darüber zu spüren, ob die Bundeskanzlerin sich diesem Druck weiter erfolgreich wird entgegensetzen können. Ihre Reputation dürfte also nicht zuletzt durch die Erfolge der AfD gefährdet werden, die vermutlich jedes Zugeständnis Merkels gegenüber anderen Mitgliedstaaten schonungslos nutzen wird. Für Merkel liegen die Themen unterdessen schon auf dem Tisch. Die neue Kommission werde sich ihrer Auffassung nach um die Wettbewerbsfähigkeit der EU, die hohe Arbeitslosigkeit und um Wachstum kümmern müssen. In der Be-

hauptung, dass es jetzt vor allem um eine Politik gehe, die bei den Menschen ankommt, wird vielleicht der „neue Sound der Europapolitik" erkennbar.

Im politischen Umfeld des damaligen Kandidaten für das Präsidentenamt der Kommission, Martin Schulz, verbreitete sich nach einem anfänglichen Zögern doch die Einsicht, dass die Sozialdemokratie die Wahlen trotz überschaubarer Verbesserungen auf der Basis eines geringen Ausgangs- und Vergleichswertes nicht gewonnen hat. Obschon man die Zuständigkeit und die Bedeutung des neugewählten Europäischen Parlaments bei der Wahl des Kommissionspräsidenten schließlich doch noch erkannte, war die deutsche Sozialdemokratie sogleich sehr bemüht, mit „Zehn Punkten für ein besseres Europa" zur Entscheidungsfindung beizutragen. Natürlich gehörten die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, ein faires Steuersystem, die Regulierung und Besteuerung der Finanzmärkte und der europäische Emissionshandel als Instrument des Klimaschutzes ebenso dazu wie eine neue Flüchtlings- und Einwanderungspolitik, alles Themen, für die man sich schon im Wahlkampf eingesetzt hatte. In diesen inhaltlichen Festlegungen sahen aber manche auch schon so etwas wie das Eingeständnis der Niederlage, da derjenige, der inhaltliche Bedingungen formuliert in der Regel akzeptiere, dass er am Ende nicht den Chef stellen wird, aber zugleich klar mache, dass er noch viel herausholen will, bevor er sich in die Rolle des kleineren Partners fügt.

Gleichwohl hat manch ein Beobachter des ersten Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs nach den Wahlen in deren Verhalten den Beweis dafür gesehen, dass kein einziger Politiker und keine einzige Politikerin bereit und in der Lage ist, sich aus den Routinen des täglichen Machtpokers lösen, um sich einer Situation zu stellen, die neue Antworten verlangt. Der Widerstand von David Cameron (UK) und Viktor Orbán (Ungarn) gegen die Nominierung von Jean-Claude Juncker (Luxemburg) war aber für andere Regierungschefs vermutlich nur ein willkommener Vorwand. Auch der Philosoph Jürgen Habermas erinnerte daran, dass sich die deutsche Bundeskanzlerin monatelang gegen die Nominierung von Spitzenkandidaten gesträubt hatte. Deren Aufstellung habe nun tatsächlich den von ihr befürchteten „Demokratisierungsschub" ausgelöst. So sei das bisher abgehobene institutionelle Europa in den Strom der polarisierten Willensbildung seiner Bürger hineingeraten. Zum ersten Mal habe das Europäische Parlament eine tatsächliche Legitimation erfahren – gerade dadurch, dass die Europagegner nach scharfem Meinungsstreit Sitz und Stimmer erlangt haben.

Zum ersten Mal habe eine Europawahl stattgefunden, die den Namen einer politischen Wahl halbwegs verdient. Die Regierungschefs hätten gleichwohl „die Schotten dicht gemacht" gegenüber einer unmissverständlichen Absichtserklärung des Parlaments, die auf die Bestimmung des nächsten Kommissionspräsidenten abzielte und deren Ergebnis der Europäische Rat zu berücksichtigen hat. Damit wollten sie eine „übergriffige exekutive Macht" absichern, die sie in den Jahren der Krise auf dem Wege „undemokratischer Selbstermächtigung" ausgebaut hätten, um dieselbe gegen die Flut vermeintlich irrationaler Volkswut abzusichern. Dies hält ein anderer allerdings für unangebrachten „pathetischen Alarmismus", weil noch gar nichts passiert sei.

Nach der Auffassung von Habermas hätten die Regierungschefs das europäische Projekt ins Herz getroffen, wenn sie einen anderen als einen der beiden Spitzenkandidaten vorgeschlagen hätten. Keinem Bürger wäre dann die Beteiligung an einer Europawahl mehr zuzumuten. Der Vertrag von Lissabon habe dem „schäbigen Klüngel" einen Riegel vorgeschoben. Mit der Wahl von Barroso und Van Rompuy habe man vermeintlich willfährige Handlanger durchgepaukt. Nach Lage der Dinge durfte jetzt aber nur derjenige der beiden Spitzenkandidaten vorgeschlagen werden, der die be-

gründete Aussicht hat, eine Mehrheit der parlamentarischen Stimmen auf sich zu vereinigen. Wollte ein Regierungschef auf seinem Vetorecht bestehen, müsste man ihm den Austritt seines Landes aus der EU nahelegen oder auch eine Neugründung der EU in Angriff nehmen. Für Habermas ist der hohe Stimmenanteil der FN jedenfalls ein neuralgischer Punkt, da das europäische Projekt sogar kurzfristig an den innenpolitischen Folgen einer Destabilisierung Frankreichs scheitern könnte, das sich immer stärker von der Bundesrepublik Deutschland in den Schatten gestellt sieht. Er hat den Eindruck gewonnen, dass sich die Bundesregierung seit dem Beginn der Krise im Oktober 2008 unkooperativ verhält und ihren bei weitem wichtigsten Partner nicht mehr auf Augenhöhe behandelt. Ein Politikwechsel sei aber vonnöten, der das Gleichgewicht wiederherstellt, das für den erforderlichen Ausbau der Währungsgemeinschaft zu einer politischen Euro-Union auf demokratisch legitimiertem Wege unverzichtbar sei. Statt den schwächsten, nur scheinsouveränen Gliedern der Europäischen Währungsgemeinschaft einen Kurs aufzunötigen, der Opfer nur von anderen verlangt, hätte die deutsche Regierung unter Inkaufnahme eigener Vorleistungen die Politik von Adenauer, Helmut Schmidt und Kohl fortsetzen müssen. Deutschland habe von der Krise aber sogar noch profitiert, ungerührt von den „obszön ungleichen Krisenschicksalen". Habermas warnt davor, die „halbhegemoniale" Stellung, in die die Bundesrepublik Deutschland wieder hineingerutscht sei, in alter deutscher Manier rücksichtslos auszuspielen.

Gegen die Behauptung des Philosophen, das Europaparlament habe nun erstmals eine tatsächliche Legitimation erfahren, wird vorgebracht, dass sie auf zwei sich widersprechenden Befunden beruhe. Wer die Auftritte der Spitzenkandidaten verfolgt hat, habe einerseits von der von Habermas behaupteten Polarisierung nichts mitbekommen. Zum anderen waren die Stimmen für die Europagegner auch Proteststimmen gegen das jeweilige nationale Establishment, was der These von Habermas über die Trennung der Böcke von Schafen gegenüberstehe, die dadurch erfolgt sei, dass die Europagegner stärker als bisher Sitz und Stimme im Parlament erlangten. So oder so ließe sich aus dem Wahlergebnis nicht ableiten, dass die Bürger die Legitimation des Europaparlaments gestärkt hätten. Soweit es die Europagegner beflügelt hat, werde das Ergebnis vor allem die Regierungen der Mitgliedstaaten beschäftigen. Diese sind über nationale Wahlen ohnehin nicht wendiger demokratische legitimiert als das Europaparlament selbst. Es sei daher nur folgerichtig, dass sie im Rat bei der Auswahl des EU-Führungspersonals mitzureden haben. Die Behauptung von Habermas über eine „übergriffige exekutive Macht" ginge jedoch über die Bestellung des Kommissionspräsidenten hinaus. Sie sei aber nur verständlich, wenn man um die Habermas'sche Beobachtung weiß, dass sich die EU in einem fortgeschrittenen Prozess der Umwandlung der sozialstaatlichen Bürgerdemokratie in eine marktkonforme Fassadendemokratie befinde – und dass sich dieser Prozess nur über ein politisch geeintes Kerneuropa umkehren lasse. Es bleibe das Geheimnis des Philosophen, wie sich das Wahlergebnis mit diesen steilen Thesen erklären lässt. Als entscheidend wird indessen der Mangel einer europaweiten öffentlichen Debatte über die Inhalte eines Gesetzgebungsverfahrens empfunden. Sie findet nicht statt, weil es keine europäische Öffentlichkeit gebe. Daher stoße die Legitimation der EU-Gesetzgebung und damit des Europaparlaments an ihre Grenzen stoßen. Im Hinblick auf den Kommissionspräsidenten gilt in der Tat: Er wird vom Parlament gewählt, auf Vorschlag des Rates. Richtig dürfte auch sein: Die Zukunft der EU hängt nicht davon ab, ob er Jean-Claude Juncker, Martin Schulz oder anders heißt.

Erdbeben und Abschied

Der beeindruckende Wahlerfolg des europafeindlichen FN in Frankreich, der dort als „Erdbeben" empfunden wurde, ist für manch einen Beobachter auch ein Beleg dafür, dass die Franzosen sich gegen eine „neue deutsche Hegemonie" wenden wollten. In der Tat ist es der Vorsitzenden des FN, Marie Le Pen, gelungen, ein Viertel der Wählerschaft davon zu überzeugen, dass sich die Pfeile gegen Brüssel, den Euro und Berlin richten müssen, also gegen die „Sparwut" der Deutschen, die Frankreich zum Darben bringe. Es ist auch die Frage aufgekommen, ob das Wahlergebnis die Institutionen der Fünften Republik erschüttern oder die nationale Politik von Grund auf ändern wird? In jedem Fall ist dadurch eine europapolitische Schwächung Frankreichs eingetreten, ein Effekt, der in seinen mittel- und langfristigen Auswirkungen noch gar nicht abzuschätzen ist, wenn man an die zentrale Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit für das Gelingen der europäischen Integration denkt.

Größte und akute Sorge wäre angebracht, wenn es denn stimmte, dass die Rede der Wahlsiegerin Le Pen am Wahlabend wie bei allen ihren Reden wirklich nur die Variation des Hasses als einzigem Gefühl, gepaart vielleicht noch mit Verachtung, war. Der amtierende Staatspräsident gilt ihr als „Verräter". Das französische Volk sei nun erwacht und werde die nationale Größe zurückerobern. Der Weg für Marine Le Pen ist nach dem Urteil eines Kommentators auch dadurch frei geworden, weil die Politiker aller Parteien in Frankreich so handelten, also ob sie gewettet hätten, wie die Demokratie am schnellsten zu ruinieren sei. Für die Reaktion der französischen Zivilgesellschaft gilt es als fatal, dass Frankreich die eigene rechtsextreme Vergangenheit kaum oder nur unzureichend aufgearbeitet hat. Die Résistance werde in ein so gleißendes Licht getaucht, dass der Rest, also die Geschichte all jener Eliten, die lieber mit den Nazis gemeinsame Sache machen wollten als mit den französischen Kommunisten, in Dunkeln bleibt. Ähnliches gelte für die Kolonialzeit, den Algerien-Krieg oder die Umtriebe gaullistischer Geheimpolizisten im Kalten Krieg.

Die historisch-politische Selbstdarstellung Frankreichs beruht auf einem systematischen Euphemismus. Eine beschönigende Gesamtnostalgie begünstigt den FN. Gegenstand der Verachtung ist gleichermaßen die amerikanische Kultur wie der Brüsseler Bürokrat. Letzterer hat allerdings in den vergangenen Jahrzehnten dafür gesorgt, dass Landwirtschaft in Frankreich überhaupt noch stattfinden kann. Diese Haltung wird auch als „Camembert-Faschismus" bezeichnet. Hinter der Stimmabgabe für den FN als rechtsextreme, verzweifelt hassende Partei vermutet ein Journalist eine besondere Mentalität, in der man von der eigenen Überlegenheit überzeugt, bösartig, hasserfüllt und ohne jede langfristige Perspektive ist. Solche Wähler wollen die „Größe" Frankreichs wiederherstellen, die Schmach der Globalisierung rächen und alle Fremden und alles Fremde zurückdrängen. Aber vielleicht wäre es auch eine gute Idee, erst einmal zu Hause aufzuräumen, sind doch nicht nur die Sozialisten in Frankreich bei der Europawahl desaströs gescheitert. Auch die bürgerlich-konservative „Union pour un mouvement populaire" (UMP), die insbesondere eine Ausbreitung des FN stoppen sollte, hat schlecht abgeschnitten und muss sich schwerwiegenden Vorwürfen wegen illegaler Wahlkampffinanzierung stellen, deretwegen der bisherige Parteichef Jean François Copé unmittelbar nach der Wahl zum Rücktritt gezwungen wurde.

Auch jenseits solcher und anderer persönlicher Konsequenzen ist nicht mehr zu übersehen, dass sich Frankreich in einer tiefen Identitätskrise befindet. Für Empörung gegen den Wahlerfolg der FN scheint man keine Kraft mehr zu haben. Es gibt auch keine Anzeichen für Angst vor der „braunen

Gefahr“. In einer kollektiven Depression kann Marine Le Pen offensichtlich mit ihren Pfunden wuchern. Dem amtierenden Staatspräsidenten scheint man hingegen nicht mehr viel zuzutrauen. Der Ministerpräsident Valls wirkte schon zwei Monate nach seinem Amtsantritt verbraucht. Die sozialistischen Abgeordneten konnten sich im Mai 2014 zwischen Resignation und Rebellion (noch) nicht entscheiden. Die Mechanik eines geordneten Machtwechsels in der Fünften Republik funktioniert anscheinend nicht mehr zu funktionieren. Die Warnungen vor einer politischen Krise historischen Ausmaßes nahmen nach den europäischen Wahlen 2014 zu. Die Wahlergebnisse in Frankreich werden auch auf das zerrissene Verhältnis des Landes zur EU zurückgeführt. Es ist die Rede von einer „Entfremdung“ von der EU, die viel mit der Wahrnehmung Deutschlands zu tun habe. Zunächst ist daran zu erinnern, dass die Franzosen anders als die Deutschen in der politischen Einigung Europas nie das Versprechen einer Rehabilitierung gesehen haben. Dankbarkeit ist in Frankreich also kein Fundament. Das Land rechnete sich nicht nur unter de Gaulle zu den Siegermächten des 2. Weltkriegs. Zu seinen Zeiten war dementsprechend sehr darum bemüht, den eigenen politischen Führungsanspruch mittels Europa zu zementieren. Die EU galt quasi als der verlängerte Arm Frankreichs, der eingesetzt wurde, um Deutschlands Macht (vermeintlich) auf Dauer einzuhegen.

Heute hält eine Mehrheit der Franzosen diese Bemühungen für gescheitert. Deutschland gilt als großer Gewinner des Euro und des europäischen Souveräntitätstransfers. Es wird als Führungsmacht wahrgenommen, deren Wünsch und Vorstellungen sich die Franzosen unterzuordnen. Anscheinend hat sich das Gefühl ausgebreitet, dass man nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch-kulturell quasi abgehängt wurde. Unter der Führung von Le Pen ist die Auflehnung dagegen gewachsen. Auf eine sachliche Debatte über die Folgen eines Austritts aus der Währungsunion hat man indessen bis heute verzichtet. Germanophobe Töne und die Propagierung eines Widerstands gegen ein vermeintliches Diktat der deutschen Bundeskanzlerin in der EU genügten zunächst für den politischen Erfolg, jedenfalls in den Reihen von Arbeitern, Angestellten, Handwerkern; Kleinhändlern und Arbeitslosen mit geringem Bildungsniveau, die das Gros der FN-Stammwählerschaft bilden. Manche Kommentatoren betonen allerdings, dass auch dort keine „Deutschenhasser“ oder Faschisten zu finden seien. Diese Menschen seien vielmehr von der Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg in die Arme des FN getrieben worden. Sie seien von einer einfachen und bequemen Erklärung überzeugt: Die EU und Deutschland sind am wirtschaftlichen Niedergang Frankreichs schuld. Die französische Identitätskrise wird schließlich nicht nur auf Angst vor Globalisierung, Wettbewerbsdruck, Sozialabbau und Überfremdung zurückgeführt. Für ebenso destabilisierend hält man auch die Einsicht, dass sich Frankreich nicht mehr auf Augenhöhe mit Deutschland messen kann.

Aus der Sicht von Marine Le Pen dokumentiert sich in dem Wahlergebnis der Wille der Franzosen wieder Herr im eigenen Land zu werden. Ihre Landsleute wollten über ihre Wirtschaft bestimmen und ihre Einwanderungspolitik. Sie wollten, dass ihre Gesetze über denen der EU stehen. Die Franzosen hätten verstanden, dass die EU nicht der Utopie entspricht, die man ihnen verkauft hat. Sie habe sich von einer demokratischen Funktionsweise weit entfernt. Die Vorsitzende des FN ist entschlossen, die EU zu zerstören, nicht Europa. Sie glaubt an das „Europa der Nationen“. Dort sollen zwar Kooperationen entstehen, aber keine „europäische Sowjetunion“. In der EU sieht Le Pen kein Friedensprojekt. „Europa“ sei selbst der Krieg. Die Parteivorsitzende erkennt einen „Wirtschaftskrieg“, also die Zunahme von Feindseligkeiten zwischen den Ländern. Für sie ist die EU jedenfalls ein großes Verhängnis, ein „antidemokratisches Monster“. Le Pen will verhindern, dass es fetter wird, weiter atmet, mit seinen Pfoten alles anfasst und mit seinen Tentakeln in alle Ecken der französischen Gesetzgebung greift. Man habe dem Land das Recht auf Selbstbestimmung gestohlen. Die europäischen Ver-

träge vertreten angeblich ziemlich gut die Interessen Deutschlands, aber ziemlich schlecht die Interessen Frankreichs. Gleichwohl will Le Pen der deutschen Bundeskanzlerin aber nicht vorwerfen, dass sie einen starken Euro bewahren will. Ihre Vorwürfe richten sich gegen die französischen „Anführer", die die eigenen Interessen nicht vertreten und zulassen, dass ein starker Euro Frankreich ruiniert. Diese Währung sei von Deutschland und für Deutschland geschaffen worden. Es wird zwar eingeräumt, dass der französische Staatspräsident Mitterand seinerzeit mit dem Euro die Integration vorantreiben wollte. Aber aus wirtschaftlicher Sicht sei der Euro deutsch.

Eine Rückkehr zu nationalen Währungen wäre ein Wettbewerbsnachteil für Deutschland, weil die D-Mark als einzige aufgewertet werden würde, der Franc hingegen abgewertet, was Frankreich Luft verschaffen würde. Deutschland sei wegen der Schwäche der französischen Anführer zum wirtschaftlichen Herzen der EU geworden. Frankreich sei aber das politische Herz. Die Vorgänge dort nehmen nach der Auffassung von Le Pen vorweg, was sich „im Rest Europas" in den nächsten Jahren ereignen wird: die große Rückkehr der Nationen, die man auslöschen wollte. Sie warnt Angela Merkel und kündigt an, dass sich Deutschland verhasst machen wird, wenn sie die Leiden nicht sieht, denen die übrigen europäischen Völker unterworden seien. Merkel glaube, sie könne gegen die Bevölkerungen Politik machen und wolle den anderen etwas aufzwingen. Das wird nach der Prognose von Le Pen zur „Explosion" der EU führen. Sie ist ernsthaft entschlossen, aus der Währungsunion auszutreten, weil sie darin kein ökonomisches Desaster, sondern ein unglaubliche Chance sieht. Andernfalls explodiere auch der Euro oder komme zu einem „Volksaufstand", weil die Leute sich nicht mehr „ausbluten" lassen oder die Deutschen erklären, dass sie nicht mehr für die Armen zahlen können.

Für die kommenden Jahre hält Le Pen eine Zusammenarbeit mit der britischen Ukip für möglich, weil sie die gleiche grundsätzliche Haltung zu Europa habe. Mit der deutschen AfD teile man gewisse Einschätzungen, aber sie sei keine volkstümliche, sondern eine elitäre Partei mit einer ganz anderen Struktur. Unabhängig von Kooperationsmöglichkeit steht für Le Pen fest, dass sich Frankreich in einem Zustand der Depression befindet, als ein Land, das früher zu den reichsten der Welt gehörte und jetzt auf dem Weg in die Unterentwicklung sei. Angesichts der Erfolglosigkeit der Austerität sagt sie voraus, dass sich die Leute nicht erdrosseln lassen wollten, ohne aufzubegehren. Sparen müsse man hingegen bei der Großzügigkeit der Sozialsysteme, die den französischen Bürgern den gleichen Schutz einräumten wie den illegalen Einwanderern, beim Sozialbetrug und bei den Beitragszahlungen an die EU, die jedes Jahr stiegen. Le Pen hält es jedenfalls nicht für vernünftig, dass Frankreich innerhalb von 30 Jahren zehn Millionen Ausländer aufgenommen hat. Sie plädiert zudem handelspolitisch für einen „intelligenten Protektionismus" und glaubt, dass sie insgesamt richtig liege, da sie zugleich als linksextrem und rechtsextrem bezeichnet wird. Der politische Klasse in Frankreich attestiert Le Pen hingegen, das sie keine Überzeugungen mehr hätten, nicht mehr an Frankreich glaubten und eine „postnationale" Weltsicht hätten, alles Umstände, die zu einem Zusammenbruch der Demokratie führten. Leuten wie dem Ministerpräsidenten Manuel Valls und dem ehemaligen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy gehe es nur darum, ihre kleine persönlich Karriere voranzubringen. Gleichzeit sieht sich Marine Le Pen selbst bei den Präsidentschaftswahlen 2017 schon im zweiten Wahlgang.

In Großbritannien ist mit der Ukip ebenfalls eine europafeindliche Partei mit knapp 28 Prozent stärkste Kraft bei der Europawahl geworden. Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil es den britischen Konservativen nicht gelungen war, ein Mittel gegen diese Partei zu finden, obschon von dort

im Wochenrhythmus während des Wahlkampfs fremdenfeindliche und sexistische Äußerungen kamen, die man teilweise sogar als „meschugge" empfand. Der britische Premierminister David Cameron hatte gleichwohl erklärt, dass er verstehe, warum viele Menschen für die Ukip stimmten, betonte aber gleichzeitig, dass es nur mit seiner Partei („Tories") ein garantiertes Referendum über die EU-Mitgliedschaft im Jahre 2017 gebe. In ersten Kommentaren wurde die Europawahl in Britannien einer „historischen Revolution" gleichgesetzt. Der Rückzug des UK aus der europäischen Integration sei einen großen Schritt näher gerückt. Nach manch einer Einschätzung steht der Kontinent nach der Europawahl 2014 vor einer historischen Zäsur. Es geht um zwei Fragen:

- *Wie ernst meint es die EU mit ihrem Versprechen, demokratischer zu werden?*
- *Kann Großbritannien weiterhin Mitglied der EU bleiben?*

Das Verhalten des britischen Premierministers David Cameron unmittelbar nach den Europawahlen 2014 zeigt, wie aktuell und bedeutsam diese Fragestellungen sind, weigerte er sich doch zunächst, das Ergebnis der Wahlen anzuerkennen und den Sieger Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsidenten zu nominieren, ein Verfahren, auf das sich die meisten Mitgliedstaaten der EU im Vorfeld aber verständigt hatten. Nicht nur deshalb gilt die Krise der europäischen Demokratie auch als Folge der ungeklärten Beziehung Londons zur EU. Manch einer behauptet, dass man in Brüssel unter London leide, weil die britischen Regierungen die Einigung Europas stets hintertrieben, jeden Fortschritt und eine Vertiefung beharrlich verhindert hätten.

In Großbritannien hingegen habe sich ein „chronisches Leiden" unter der EU entwickelt, ohne Aussicht auf Linderung. Dieses Land habe sich mit der Integration nie anfreunden können. Dennoch gilt sein (wünschenswerter) Ausstieg als tragisch und als ein politischer, wirtschaftlicher und kultureller Verlust. Das ist allerdings fraglich, hatte London doch von Anfang an die EU nur als eine (überverwaltete) Freihandelszone betrachtet, bestenfalls als loser Staatenverbund aber auf keinen Fall als eine politische Union. Diese Haltung ist eine vorhersehbare Konsequenz aus einer sehr eigenen politischen Kultur, in der das strenge Regelwerk der EU wesensfremd sein und bleiben muss, haben die Briten doch noch nicht einmal eine eigene Verfassung und berufen sich im Bedarfsfall stattdessen auf ein Sammlung älterer Dokumente. Es kommt das Sonderverhältnis zwischen dem UK und den USA hinzu, das von den Briten als Gegenwicht zur EU sorgfältig und liebevoll gepflegt wird.

Die Ergebnisse der letzten Europawahlen könnten (und sollten) unterdessen die Einsicht ermöglichen und befördern, dass Europa lange genug Rücksicht auf die Besonderheiten und Befindlichkeiten der Briten genommen hat. Der Kontinent hat sich in der Tat erpressen und vorführen lassen. Er blieb dennoch bis zur Schmerzgrenze geduldig, verzieh über Jahrzehnte jedes Veto und erfüllte jeden Sonderwunsch. Das alles hat die Briten bis heute in keiner Weise beeindruckt. Nach der Einschätzung eines Kommentators sind sie der EU ferner denn je. Ihm ist auch darin beizupflichten, dass nun eine Klärung erfolgen muss.

Womöglich muss die EU entscheiden, ob ihr ein demokratischeres Europa oder der Verbleib Großbritanniens in der EU wichtiger ist. Es gilt als fraglich, ob man sich mit dieser Klärung bis 2017 lassen kann, dem Jahr, für das Cameron seinem Land ohnehin spätestens ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt hat. Die EU dürfe sich nicht weitere drei Jahre von den Briten erpressen lassen und den Bürgern Europas verwehren lassen, was ihnen vor der Wahl zugesichert

wurde, u. a. dass sie mit ihrer Stimme über den Kommissionspräsidenten entscheiden können. Andernfalls verlöre die EU jede Glaubwürdigkeit und Akzeptanz. Sie sollte in der Tat umsetzen, wovon eine Mehrheit überzeugt ist, und nicht, was Einzelnen genehm ist.

Die britische Souveränität sollte genügen, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob man mitziehen oder ausscheiden will. Die von den Bürgern des UK bevölkerte Inselgruppe in der Nordsee mag wichtig sein. Der Verbleib dieses Mitgliedstaates in der EU ist aber sicher nicht wichtiger als der Aufbau einer demokratischen Kultur. Sollten die verantwortlichen Politiker dieses Inselreichs gemäß den vertraglichen Möglichkeiten den Austritt aus der EU erklären, mag man dies angemessen bedauern. Gleichzeitig sollten die notwendigen Bemühungen zur weiteren demokratischen Integration „Resteuropas" fortgesetzt werden. Die Trennungsschmerzen dürften dabei in absehbarer Zeit nachlassen, nicht zuletzt deshalb weil dieses Ziel ohne Briten viel leichter erreichbar sein dürfte. Diese vertreten dagegen schon seit geraumer Zeit die Auffassung, dass sich die EU viel zu stark in die Politik der Mitgliedsländer einmische. Nach den Europawahlen fordern sie noch vehementer, rechtliche Kompetenzen wieder in die nationale Zuständigkeit zu verlagern und die Besetzung von Spitzenämtern nach den Vorstellungen von Politikern des UK vorzunehmen. Für Cameron ist Juncker zu integrationsfreundlich. Er wünschte sich einen „verständnisvolleren Präsidenten „ in Brüssel. Juncker warf den Briten wegen ihrer Haltung dagegen eine „Geiselnahme" vor. Ihnen wird darüber hinaus der Vorwurf gemacht, sie betrieben ein doppeltes Spiel. Dies hat mit einigen Besonderheiten des Vertrages von Lissabon zu tun. Danach sollte die frühere „dritte Säule" (Justiz und innere Sicherheit) ab dem 1. Dezember 2014 vergemeinschaftet werden. Das Spektrum umfasst den EU-Haftbefehl, die Asyl- und Migrationspolitik, Grenzkontrolle, Terror- und Kriminalitätsbekämpfung). Die britische Regierung hatte sich zwar insoweit ebenfalls zunächst für ein „Opt-out" entschieden, will nun aber doch bei etwa einem Drittel von rund 130 Gesetzesmaterien mitwirken. Sollte dies jedoch nicht gelungen, wäre die britische Strafverfolgung in anderen EU-Staaten behindert. Für die Vereinbarung von Ausnahmen braucht Cameron auch die Kommission, die entsprechende Prüfungen und Vorschläge veranlassen müsste. Das schafft natürlich gewisse Abhängigkeiten zwischen Cameron und Juncker.

Aus damaliger Sicht hätte bei einer weiteren Verzögerung der Personalentscheidungen Großbritannien im Herbst womöglich vor der Tür gestanden. Seinerzeit wollte Merkel gleichwohl Berichte nicht kommentieren, wonach Cameron mit dem Austritt seines Landes aus der EU gedroht habe, sollte Juncker gewählt werden. Merkel selbst behauptete, dass sie in allen Gesprächen dafür gearbeitet habe, dass Juncker die notwendige Mehrheit bekommt, um Kommissionspräsident werde zu können. Ihre sozialdemokratischen Koalitionspartner drängten darauf, dem britischen Widerstand nicht nachzugeben. Dort empfand man es als Farce, dass sich Europa ausgerechnet von jemand erpressen lässt und gegen den Erfolg Europas hetzt, um sich national zu profitieren. Und manche ihrer eigenen Parteifreunde forderten sie zur Härte gegen London auf, für das ein Austritt ein größerer Schaden als für die EU wäre. Umgekehrt weiß Cameron, dass es in seiner Partei und bei Teilen der Wählerschaft gut ankommt, wenn er in Brüssel Härte zeigt. Auf dem Kontinent herrscht jedoch die Ansicht, dass er sich ohne Not isoliert habe, als er Ende 2011 sein Veto gegen eine Änderung der EU-Verträge einlegte. Der Widerstand gegen Juncker gründete sich auf die Erwägung, dass dieser als „Föderalist" gilt, der für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Staaten steht. Cameron will offensichtlich das Gegenteil. Zum anderen war seine Partei grundsätzlich gegen die Idee, dass das Europa-Parlament Spitzenkandidaten aufstellt, von denen automatisch einer Kommissionspräsident wird. Die britischen Konservativen möchten aber, dass die Staats- und Regierungschefs diese Frage entscheiden, weil andernfalls sich der Kommissionspräsident als eine Art Chef einer paneuropäischen Regie-

rung fühlen könnte, womit der Rat aus ihrer Sicht degradiert erschiene. Es hatte sich jedoch relativ rasch die Auffassung verbreitet, dass Cameron Juncker nur mit Unterstützung der deutschen Bundeskanzlerin hätte verhindern können. Merkel berief sich zu dieser Zeit immer wieder einmal auf den „europäischen Geist" und behauptete, es sei ihr nicht egal, ob Großbritannien Mitglied der EU ist oder bleibt.

Unterdessen wurde in Kommentaren behauptet, dass der Widerstand Camerons gegen Juncker persönlichen, aber vor allem prinzipiellen Erwägungen geschuldet sei. Aus britischer Sicht sollte der Posten des Kommissionspräsidenten durch die Staats- und Regierungschefs vergeben werden, so wie man eben eine Verwaltungsspitze besetzt. Die Briten wollten auf keinen Fall, dass durch die Bestätigung eines zuvor vom Parlament ausgerufenen Spitzenkandidaten der Amtsinhaber dann wie der Regierungschef eines paneuropäischen Staates dasteht.

Angeblich beweist derjenige historische Kurzsichtigkeit, der für den Austritt des UK aus der EU plädiert. Dessen Mitgliedschaft gilt manch einem als „essenziell". Großbritannien sei für die EU vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht zu ersetzen. Das Land ist in der Tat Vetomacht im Weltsicherheitsrat. Ihm wird die wohl größte militärische Expertise in der EU zugeschrieben und nach wie vor die besten Beziehungen zu den USA. Ohne Großbritannien sei die Außenpolitik der EU noch schwächer. Umgekehrt gilt die Mitgliedschaft in der EU für das UK schon allein wegen des Binnenmarkts als unerlässlich. Dessen ungeachtet gelten die Briten vielen in Brüssel als Bremser und Querulanten, die nur auf ihren Vorteil bedacht sind, auch wenn sich manche Regierungen mit einigen ihrer Anliegen (Straffung von Zuständigkeiten, Bürokratieabbau) identifizieren können. Wie auch immer: Manche glauben, dass Deutschland eine entscheidenden Rolle dabei spielen werde, die Briten langfristig in der EU zu halten und sehen Cameron in einer Abhängigkeit zu Merkel, wenn es darum geht, Kompetenzen aus Brüssel zurück in die Nationalstaaten zu verlagern. Ein Erfolg bei den entsprechenden Verhandlungen sei für den britischen Premierminister „überlebenswichtig", da er sonst weder den europaskeptischen Flügel seiner Partei noch die Bedrohung durch die europafeindliche Ukip-Partei in den Griff bekommt. Man könnte es in der Tat als „historische Pointe" empfinden, dass die politische Zukunft des britischen Premiers in den Händen der deutschen Kanzlerin liegt.

Es geht jedoch um wichtigeres als (pseudo-) intellektuelles Amüsement. Manch einer fragt sich, ob Politikern wie Sigmar Gabriel (SPD) oder Hans-Peter Uhl (CDU) klar ist, was sie da in „großer Leichtfertigkeit" herbeireden, wenn sie im Hinblick auf einen britischen Austritt aus der EU („Brexit") nur ein „Bitte sehr" übrig haben. Es wird die Frage gestellt, was denn aus der EU ohne ein kritisches Korrektiv („Britisches Prinzip") würde. Zwar gilt der Widerstand Camerons gegen Juncker als „einigermaßen dreist", war das Versprechen vor der Europawahl doch, dass der Gewinner Kommissionspräsident wird. Auf einmal entdeckt ein Journalist aber, dass Juncker als Verfechter einer immer enger werdenden Union, also als einer der „Integrationisten, die sich gegenseitig mit Karlspreisen behängen" (angeblich) nicht geeignet ist. Cameron habe die „Frechheit" besessen darauf hinzuweisen, wenn auch zu spät. Für diesen Journalisten hängen an der britischen Mitgliedschaft das Ausmaß der inneren Liberalität und damit eine entscheidende Qualität der EU. Ihr Ende empfindet er als „historischen Schlag" wenn die EU auch dazu dient, Europa gegen aufstrebende Mächte wie China und Brasilien zu stärken. Es wird zwar eingeräumt, dass die Briten immer wieder Europas Familiengefühl gestört haben, weil sie eben nie große Freunde von Prinzipien, eher von Pragmatismus („Versuch und Irrtum") waren (sind). Mit einen Ausstieg Großbritanniens verlöre die EU ein Viertel ihrer Stärke, Europas größten Bankenplatz, sein größte „Soft Power", sein schlagkräftigstes Militär und sein „diploma-

tisches Powerhouse“. Kein Land bekäme die Wucht dieser Veränderung stärker zu spüren als Deutschland. Großbritannien wird als „liberaler“ Verbündeter bezeichnet, ohne den die EU heute deutlich französischer (d. h. protektionistisch und reglementiert) geprägt wäre. Sollte man der Ansicht sein, dass Kontinentaleuropa auch in Zukunft von Großbritannien nicht das Geringste lernen kann, würde man in einer „Biedermeier-Union“ verharren, in der immer weniger derjenigen Europäer glücklich werden könnten, die Skepsis und fruchtbaren Streit als Tugenden begreifen. Eine EU ohne UK gilt als ein für den Rückzug und nicht für den Aufbruch gebautes Schneckenhaus. Immerhin wird eingeräumt, dass David Cameron den „Alt-Europäer Juncker“ wir schlucken müssen, um den Fortschritt in der Demokratisierung der EU nicht aufzuhalten.

Darum geht es aber letztlich: Sollte die britische Politik genau diesen Effekt immer wieder haben, stellt sich die Frage, was wichtiger ist: Die Fortsetzung der Mitgliedschaft dieses Landes oder demokratischer Fortschritt, in einer Zeit, in der der Erfolg der dazu notwendigen Prozesse immer wichtiger und dringlicher wird. Ungeachtet der Tatsache, dass man die von dem zitierten Beobachter behaupteten positiven Eigenschaften und Beiträge Großbritanniens sehr unterschiedlich bewerten kann, fällt die Entscheidung zwischen der Mitgliedschaft dieses Landes und einer zeitgerechten Demokratisierung der EU nicht allzu schwer. Man sollte sich an die bewährte Empfehlung für den Umgang mit einer englischen Speisekarte erinnern und der jeweils verantwortlichen Regierung dieses bedeutenden Landes zurufen: *„Take it or leave it!“*

Im „Ernstfall“ wird sich Großbritannien auf dem Schoße der großen Bruders oder Cousins ohnehin wohler fühlen als in einer politischen Allianz mit Ländern, die von Meereswellen umspült werden und in denen die Bevölkerungen zum Teil Frösche essen. Sollte man in manchen Redaktionsstuben jemals mehr Zeit zum Studium der Geschichte des „Empire“ nutzen, bestünde vielleicht eine Chance, die „Räson“ dieser Nation zu verstehen, die nach einem Austritt aus der EU übrigens genauso wenig in den Fluten der Nordsee und des Atlantiks versinken würde wie der kontinentale Appendix dieser Inselwelt.

Wie dem auch sei: In den südlichen Krisenstaaten der EU wurden unterdessen in erster Linie die überkommenen Regierungsparteien abgestraft. Dort wurden entweder die Kräfte am linken Rand wie etwa in Griechenland oder die Kräfte am rechten Rand gestärkt, die teilweise mit entgegengesetzten Begründungen einen europakritischen Kurs verfolgen.

Lediglich Italien machte unter dem seinerzeit noch frisch und jugendlich wirkenden Ministerpräsidenten Matteo Renzi insoweit eine Ausnahme. Er holte mit seiner sozialdemokratischen PD immerhin 41 Prozent bei den Europawahlen. Ihm ist klar, dass dieser Vertrauensbeweis zu Reformen in Europa verpflichtet. Dabei ist klar, dass Renzi (noch) nicht zur neuen Leitfigur der Sozialdemokraten avanciert ist. Zunächst hat Italien durch diese Wahl die Chance zur Stabilität bekommen. Wenn das Land sie nutzt und hart und wirksam reformiert, mag es sogar eine Führungsrolle in Europa beanspruchen. Dieser Gedanke ist aus italienischer Sicht nicht mit einer Kampfansage an Berlin gleichzusetzen, wie Renzi selbst beteuert. An den Problemen der Länder ist nach seiner Auffassung auch nicht Europa Schuld. Deutschland gilt ihm als Vorbild, nicht als Gegner. Die Rettung Europas fordere jedenfalls Veränderung. Europa müsse eine „Seele“ bekommen und die reine Sparpolitik der vergangenen Jahre sei zu beenden. Die Erneuerung der EU-Institutionen, die Formulierung des Haushalts für das Programm bis 2020 und ein Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik gelten dem italienischen Ministerpräsidenten als zukünftige Schwerpunkte. Bemerkenswert war unmittelbar nach der

Wahl auch, dass Renzi deutlich machte, dass er als Sozialist mit dem konservativen Juncker als Kommissionspräsident kein Problem hätte, während sich die deutsche Bundeskanzlerin über den damaligen Kandidaten aus den eigen Reihen zunächst zögerlich und mehrdeutig äußerte, nachdem sie im Wahlkampf für ihn noch geworben hatte. Es gab Spekulationen darüber, dass dies mit dem Widerstand Großbritanniens gegen Juncker zu tun gehabt hätte, das mit dem Austritt aus der EU gedroht habe, sollte Juncker gewählt werden. Juncker selbst hatte seinerzeit betont, dass sich Europa von Cameron nicht erpressen lassen dürfe und bot gleichzeitig Gespräche über die inhaltlichen Schwerpunkte der neuen Kommission an, womit er sowohl Renzi als auch dem französischen Staatspräsidenten entgegenkam.

Längerfristig wird Renzi allerdings nicht nur mit derartigen Personalfragen beschäftigt sein. Er wird sich auch mit den Herausforderungen stellen müssen, die sein Landsmann Beppe Grillo als „Polit-Dekonstruktivist“ und Führer des „Movimento Cinque Stelle“ verkörpert. Seine Bewegung wurde bei den Europawahlen von der „Partito Democratico“ Renzis zwar geschlagen, konnte aber immerhin gut ein Fünftel der Stimmen in Italien auf sich vereinigen. Ihre Bedeutung ist nicht alleine damit zu relativieren, dass Grillo nationale Ressentiments pflegt und immer wieder grobe Beleidigungen ausspricht, keine Koalitionen eingeht und die Verkehrsformen des Parlaments nicht respektiert. Als bedeutsamer gilt die „abgrundtiefe Dialektik“ Grillos: *„Der Populismus ist die höchste Form der Politik“*.

Vor diesem Hintergrund wird mancherorts ein finsteres Panorama der EU entworfen. Sie sei nie wirklich demokratisch gewesen und entledige sich zunehmend aller verbleibenden demokratischen Pflichten. Die Wähler, deren Ansichten von Eliten missachtet werden, wichen der Versammlung aus, die sie nominell präsentiert, indem sie nicht wählen und Bürokraten, die nie gewählt wurden kontrollierten nationale Parlamente souveräner Nationen, denen sogar das Recht. Über den eigenen Haushalt zu entscheiden, entzogen worden sei. Italien sei aber das einzige Land, in dem die systematische Enttäuschung nicht nur dumpfe Indifferenz habe entstehen lassen, sondern zu einer Revolte, zu einer radikalen Umgestaltung der politischen Landschaft geführt habe – eben zu Beppe Grillo und zu seiner Bewegung. Ihre Unversöhnlichkeit und der Eigensinn beruhten darauf, dass Grillo die gesamte politische Elite Italiens für unrettbar verderbt hält. Der propagierte Populismus ist womöglich die Einheit des Volkes mit dem Volk, also ein Widerspruch in sich selbst: eine Politik, die keine Politik mehr ist. Vor diesem Hintergrund erscheint es wichtig, in welchem Maße und wie lange es dem selbsternannten „höflichen Verschrotter“ Renzi gelingt, mit seiner Jungend Politik zu machen – und mit dem darin liegenden Versprechen, der „Kaste“ die Existenzgrundlagen zu entziehen und sich selbst an ihre Stelle zu setzen, ein Vorhaben, das übrigens durchaus dem von Grillo ähnelt. Vielleicht geht es aber auch nur darum zu erkennen, dass der Anspruch auf Glaubwürdigkeit auch in Italien ein politisches Mittel ist, neben vielen anderen Mitteln, und eben kein Prinzip. Kurz nach der Wahl zeichneten sich jedenfalls zunächst zwei Varianten ab:

(1) Im Falle einer Wahl von Juncker durch das Parlament zum Kommissionspräsidenten triumphieren die Integrationisten, also die Verfechter eines starken Europa-Parlaments. Die Vertiefungsgegner heulen auf, weil sie den Machtzuwachs für das Parlament ablehnen und die Briten verlassen die EU.

(2) Der Kommissionspräsident wird wie bisher von den Regierungschefs bestellt, das Europa der Nationalstaaten setzt sich durch und der (ehemalige) Spitzenkandidat wird ignoriert. Triumphieren

würden die Föderalisten, die Integrationisten würden Verrat schreien und besonders in Deutschland wäre von Wahlbetrug die Rede, verbunden mit einem großen Vertrauensverlust.

Man stand also vor einem Dilemma, in dem einerseits schon klar war, dass Europa eine „gewaltige Konsensmaschine" ist, die sich bisher eher an den Zögerlichen orientiert hatte, und gleichzeitig eine Ansammlung von Nationalstaaten und ein „Gebilde sui generis" mit einem „halben" Parlament ist, während die Kommission eine Behörde der Nationalstaaten und nicht des Parlaments ist, die ausdrücklich keine Regierung, sondern eine (recht gute!) Verwaltungsstelle ist. Vor diesem Hintergrund standen hinter der Frage „Juncker oder nicht Juncker?" sogar systembestimmende Probleme. Verleiht man nämlich dem Parlament mehr Macht, verschieben sich die durch die geltenden Verträge gesetzten politischen Gewichte in der EU. Dann muss man aber berücksichtigen, dass die EU in Machtfragen ein „sensibles Monster" ist.

Dieser Sprachgebrauch leitet fast schon zur Frage über, in welchem „seelischen" Zustand sich Europa nach und aufgrund der Wahlen befindet. Es in der Tat einerseits nicht sofort einsichtig, warum aus „Jubelbegriffen" wie Freiheit, Sicherheit, Unversehrtheit und Recht so wenig Begeisterung entsteht. Andererseits ist nicht zu bestreiten, dass durch die Umbrüche im Osten Europas und Deutschlands doch erheblich Unsicherheit entstanden ist und ganze Lebensentwürfe auf einmal kaum noch etwas galten, sich also auch Leid verbreitete. Angesichts der historisch bislang geringsten Wahlbeteiligung und der größten Zahl von Europagegnern, die in das Parlament gewählt wurden, ist evident geworden, dass viele Europäer keine positive Bindung an den Staatenbund der EU entwickelt haben. Das mag auch mit den ungeheuren Abstraktionen zu tun haben, mit Wahlen, in denen man sich für jemanden entscheiden soll, den man kaum kennt. Die Entfernung der Europapolitiker dürfte auch zu groß sein, um Bindung entstehen zu lassen. Der Prozess der „Übertragung" im Sinne einer Vertrauensbildung durch Schutzerfahrung funktioniert aber nur, wenn das tatsächliche Empfinden von Nähe da ist. Es kommt hinzu, dass „Europa" eine politische Einheit ist, für die kaum einer eine sinnliche Vorstellung hat. Eine Rückbindung an sinnlich Erfahrbares fehlt. In Europa gibt es keine „Kirche im Dorf" mehr, an der man sich orientieren könnte. Noch nicht einmal eine sinnlich erfahrbare europäische Regierung gibt es. Zu deren Etablierung müssten die nationalen Regierungen macht abgeben und das Parlament viel stärkere Befugnisse erhalten. Nach den letzten Wahlen scheinen Entscheidungslosigkeit und Zögerlichkeit aber eher noch zugenommen zu haben. Deshalb wird die europäische Atmosphäre von einem Psychoanalytiker sogar als „exquisit depressiv" bezeichnet. In Europa fehle es gleichzeitig an horizontaler und vertikaler Identifikation, die wie etwa Parlament und Königshaus moderne und archaische Muster, erwachsene und kindliche Bedürfnisse bedienen und befriedigen könnte.

Lektionen

Die Lehren, die Europa aus den Wahlen des Jahres 2014 ziehen sollte, sind nicht einfach zu beschreiben. Immerhin konnte man schon unmittelbar danach die Empfehlung vernehmen, dass sich die neue Kommission weiteren Regelungswünschen, die oftmals aus den Nationalstaaten kommen, entgegenstemmen und dabei vom Parlament unterstützt werden möge. Dahinter steht die Hoffnung, dass etwas „weniger Europa" zum Preis einer stärkeren Differenzierung innerhalb der EU am Ende sogar mehr Europa, jedenfalls ein besseres Europa bedeuten könnte, ein Europa, das sich endlich auf seine Kernaufgaben beschränkt. In der Tat scheint die rituelle Forderung nach „mehr Europa" bei immer weniger Menschen zu verfangen. Der „Hurrapatriotismus der Berufseuropäer" prallt an einer

immer stärker werdenden Phalanx von Bürgern ab, die sich insbesondere in Südeuropa unterjocht fühlen, während sich die Nordeuropäer als ausgebeutet empfinden.

Einerseits herrscht in den Zahlerländern dementsprechend die Sorge, dass ihr Geld in ein Fass ohne Boden fließt und Sparen wegen der Nullzinspolitik der EZB keinen Sinn mehr hat.

Andererseits wird in den Krisenländern über mangelnde Solidarität, den erzwungenen Sparkurs und die Stabilitätspolitik geklagt.

Insgesamt erscheint Europa den Bürgern weniger als Versprechen, sondern als Bedrohung. „Brüssel" wird als undurchschaubares, bürokratisches, zentralistisches, wucherndes, teures und undemokratisches Gebilde wahrgenommen. Sie haben womöglich begriffen, dass Europa weder auf den Euro noch auf die EU zu reduzieren ist. Floskeln („Scheitert der Euro, dann scheitert Europa") sorgen aber immer noch für Verdruss, ist doch unübersehbar, dass die Rettungsmaßnahmen eine gigantische Ausweitung der Gemeinschaftshaftung nach sich gezogen haben, ohne dass im Gegenzug hinreichend wirksame Kontrollrechte geschaffen wurden. Man vermisst das Gleichgewicht zwischen Risiko und Haftung. Es wird daran erinnert, dass die EU vor jeder Wirtschaftsgemeinschaft zuerst eine Friedensgemeinschaft und dass Europa als Kontinent der Freiheit und der Freizügigkeit wenig mit dem Euro zu tun hat. Wichtiger dürfte der gemeinsame Binnenmarkt als Motor für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung sein. Das gilt sicher auch für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Hinblick auf die zukünftige Friedenssicherung. Die weitere Verlagerung von Aufgaben ist deshalb kein Patenrezept. Die Zeit der Einbahnstraßen dürfte jedenfalls zu Ende gehen. Mit Hilfe des Subsidiaritätsprinzips sollte Europa vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Der lächerliche Vereinheitlichungswahn muss ein Ende finden, weil die Stärke Europas in seiner Vielfalt liegt.

Immerhin hat deutsche Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt erkannt, dass wir in schrittweiser Anstrengung mit der Schaffung der gemeinsamen Euro-Währung einen wichtigen Schritt nach vorn getan haben. Unsere gemeinsamen Institutionen hält er dagegen für zu kompliziert. Das Europäische Parlament hat aus seiner Sicht keine genügenden Befugnisse. Vor allem fehle es an einer gemeinsamen ökonomischen Politik, gegenwärtig ganz besonders mit Blick auf die Verschuldung der Mitgliedstaaten – eine zwangsläufige Folge der von den USA ausgehenden Krise der Geld- und Kapitalmärkte.

Thesen

1. Die Gründung der Europäischen Währungsunion ist das Ergebnis einer umstrittenen politischen Willensentscheidung, die ohne Beachtung wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten und in einem besonders von Frankreich geprägten Milieu strategischer Nötigung dazu diente, den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen („Wiedervereinigung"), ihre weitere Bestimmung (Erzielung von Fortschritten auf dem Weg in eine Politische Union) bis jetzt aber verfehlte.

2. Die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit der Mitgliedschaft in der Eurozone ist umstritten und kann trotz gegenteiliger Behauptungen von Politikern und aus den Wirtschaftswissenschaften jedenfalls für Deutschland nicht zweifelsfrei belegt werden.

3. Die Behauptung, dass Deutschland vom Euro profitiere, weil die Gemeinschaftswährung schwächer sei, als eine eigene Landeswährung (D-Mark) ist falsch; eine schwache Währung liegt in keinem Fall im Interesse Deutschland, so dass sich bei einer zu starken Schwächung des Euro die Frage des Verlassens der Währungsunion stellt, weil dies ungeachtet der zunächst anfallenden hohen Kosten langfristig wirtschaftlich vorteilhafter wäre.

4. Der Nutzen des Euro ist im Hinblick auf Europa allenfalls politischer Natur, hinsichtlich der Steigerung des Wohlstandsniveaus in der Eurozone jedoch nicht objektiv überzeugend dargelegt.

5. Nach einer Vielzahl fragwürdiger Kompromisse auf europäischer Ebene hat der Vertrauensverlust der Bürger in den Mitgliedstaaten der EU und der Finanzmarktakteure in eine Existenzkrise der Eurozone geführt, die angesichts der Bedenken gegen Deutschland als vermeintlicher „Hegemonialmacht“ und wegen der durch die inhärente Wirtschaftsschwäche Frankreichs ausgelösten Besorgnisse über die eigene Rolle in Europa kaum ernster sein könnte.

6. Die Diskussionen über die Rettung des Euro werden in eine Grundsatzdebatte vor allem zwischen Deutschland und Frankreich über Sinn und Zweck des europäischen Projekts übergehen, in der die Frage der Übertragung nationaler Souveränität im Rahmen einer Verlagerung finanzieller Verantwortlichkeit zentrale Bedeutung hat.

7. Die Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Währungsunion dürfen sich nicht in einer „Solidarität des Geldes“ erschöpfen, sondern müssen vorrangig der Existenzsicherung aller Menschen in der EU nach Maßgabe sozialstaatlicher Standards verpflichtet sein.

8. Es muss insbesondere wegen der Unabhängigkeit der EZB gewährleistet bleiben, dass sie sich bei all ihren Maßnahmen nur innerhalb des ihr erteilen Mandats bewegt, also vor allem die Preisstabilität sichert und bei allen Bemühungen für eine bessere und korrektere Übertragung der Geldpolitik das Verbot monetärer Staatsfinanzierung beachtet.

9. Der hinter der Währungsunion stehende Grundgedanke, dass die Mitgliedsländer miteinander in wirtschaftlichen Wettbewerb treten und bleiben, ohne auf die Instrumente der Geldpolitik zurückgreifen zu dürfen, ist im Lichte der bisherigen Erfahrungen überprüfungsbedürftig.

10. Überlegungen, die auf einen „Austritt“ aus der Eurozone hinauslaufen, ist mit einer präzisen Folgenabschätzung zu begegnen, die weit über die Grenzen Griechenlands hinausreichen muss, da auch im Hinblick auf andere verschuldete Staaten ein „Infektionsrisiko“ besteht und es zu einem Kapitaltransfer in vermeintlich sichere Staaten kommen könnte, mit unabsehbaren Konsequenzen für die politische und wirtschaftliche Stabilität des gesamten Kontinents.